


Ger
2172
10.102
HARVARD
UNIVERSITY
LIBRARY

[redacted]

Frankfurt und Berlin.

Ein

Wort zur Verständigung.

Zweite

mit einem Vorworte

über den gegenwärtigen Stand der Frage

vermehrte Auflage.

Frankfurt a. M. 1848.

Bei Heinrich Ludwig Brönner.

Berlin bei D. Reimer.

Zur ersten Auflage

statt Vorwort

die dringende Bitte diese kleine Schrift zu lesen.

Frankfurt a. M. 4. August 1848.

Der Verfasser.

Vorwort zur zweiten Auflage.

Das Bedürfniß einer zweiten Auflage dieser kleinen Schrift zeigt dem Verfasser, daß die Bitte des Vorwortes des ersten Theils nicht unberücksichtigt geblieben ist, und veranlaßt ihn, dieser neuen Auflage einige Worte hinzuzufügen.

Seit jener ersten Veröffentlichung der vorstehenden Schrift sind beinahe drei Monate verflossen, und Manches ist seitdem gethan, Manches auch unterlassen und aufgeschoben worden, Viel und Bedeutendes aber hat sich ereignet.

Zu dem Unterlassenen und Aufgeschobenen müssen wir leider immer noch den einen Gegenstand der Vorschläge der nachstehenden Schrift zählen, die Regulirung nämlich der Vertretung Deutschlands nach Außen.

Dem Vernehmen nach liegt aber hiervon die Schuld nicht mehr an Berlin, sondern an Frankfurt.

In Berlin soll man bereitwillig auf die Idee eingegangen sein, daß die preußischen Gesandten während des Provisoriums das Mandat als deutsche Botschafter da, wo die Verhältnisse und die Persönlichkeit dazu angethan sind, zu übernehmen haben.

In Frankfurt hält man sich dagegen strenge an das Gesetz vom 28. Juni, und hat bereits angefangen, ständige deutsche Gesandte bei den Regierungen zu ernennen, welche ihrerseits schon in Frankfurt repräsentirt sind.

Als wenn hiermit die preußische Diplomatie im Auslande weggewischt werden könnte!

Es wird weiter nichts daraus entstehen, als daß bei einigen Höfen die Anerkennung des deutschen Reiches verzögert werden oder ganz unterbleiben wird, so lange dort ein preußischer Gesandter den größten Theil von Deutschland und seine wichtigsten Interessen repräsentirt; daß an andern Orten das Nebeneinanderstehen von zwei Gesandten, die wesentlich dasselbe repräsentiren, zu Reibungen und Conflicten führen dürfte — denn wer kann die Grenze zwischen den durch Preußen vertretenen und den allgemeinen deutschen Interessen, die dem Reichsgesandten zugewiesen werden sollen, bestimmen — und daß jedenfalls überall dem Auslande gegenüber der Mangel an Einigung zwischen der Centralgewalt des neuen deutschen Reiches und der Regierung seines mächtigsten Staates zu Tage kommt und förmlich reprätirt erscheint.

Das kann doch unmöglich im Interesse der Würde und des Einflusses des neuen Reiches liegen. Man hätte doch bedenken sollen, daß es nicht weise ist, das Ausland auf seine Schwäche selbst aufmerksam zu machen, so wie sich an die Wahrheit des Sprüchwortes von der schwarzen Wäsche erinnern.

Die Nachtheile des eingeschlagenen Verfahrens liegen auf der Hand, während wir die des von uns gemachten Vorschlages nicht zu erkennen vermögen und die jedenfalls überwiegenden Vortheile noch von Niemand in Abrede gestellt sind.

Preußen hätte übrigens bei der Regulirung der deutschen Vertretung im Auslande um so eher auf ein freundliches Entgegenkommen von Seiten des Reichs Rechnung machen können, als es dem Verneh-

men nach sein Consularwesen bereitwillig und vollkommen der Centralgewalt übertragen hat.

Und ebenso hat Preußen seine handelspolitische Vertretung in Nordamerika aufgegeben und dieselbe, zugleich mit dem dafür bereits früher bestimmten Gesandten, dem Reiche überlassen.

Wenn dies einerseits in erfreulicher Weise das bereitwillige Entgegenkommen Preußens zeigt, so scheint es uns andererseits zu beweisen — und das ist weniger erfreulich — daß man sowohl in Berlin als in Frankfurt einen größeren Werth auf die Wahrung der materiellen Interessen legt, als auf die der politischen, indem man sich durch die erkannte Wichtigkeit der erstern eher zu einer Verständigung bewegen läßt, als durch die nicht hinreichend gewürdigte Dringlichkeit der letzteren.

Wir sind nun sicherlich weit entfernt, die hohe Bedeutung commercieller Interessen und der Handelspolitik für Deutschland zu mißkennen, und wer den Verfasser und seine frühere Wirksamkeit auf diesem Felde kennt, wird ihm in dieser Beziehung Gerechtigkeit wiederfahren lassen.

Aber Alles zu seiner Zeit und an seinem Orte! Der Moment ist vorzugsweise ein politischer, die politischen Interessen müssen vor allen Dingen jetzt behandelt und gewahrt werden, und wenn die handelspolitischen Angelegenheiten damit allerdings Hand in Hand gehen sollen und können, so halten wir es andererseits für sehr gefährlich, sich gerade jetzt so mit ihnen zu beschäftigen, daß die eigentliche Politik darüber vernachlässigt wird.

Man könnte auf diese Art vortreffliche deutsche Consuln ernennen und abschicken, die aber vielleicht unter Umständen kein anderes Geschäft bekommen würden, als mit dem Exequatur in der Tasche im Hafen spazieren zu gehen, um die fremden Blokadeschiffe durch das Fernglas zu besehen; und wenn ein vortheilhafter Handelsvertrag aus Washington anlangte, so könnte er möglicherweise einen Zustand in Europa und in Deutschland finden, der seine Benutzung unmöglich machen würde.

Uns will bedünken, daß man vor allen Dingen erst existiren muß,

ehe man handeln kann, und daß es eine wenigstens eben so dringende Nothwendigkeit ist, das deutsche Reich durch angemessene ständige Botschafter bei den großen europäischen Mächten repräsentiren und so seine politischen Interessen in der gegenwärtigen Verwickelung und bei der drohenden Krisis wahren zu lassen, als seine allerdings wichtigen Handels= und Schifffahrts=Interessen hier und jenseits des Weltmeeres durch Consuln und Gesandte zu betreiben.

Es scheint uns doch so leicht zu berechnen, welchen Schaden der Mangel einer ordentlichen deutschen Vertretung im Auslande bereits gebracht hat und welche Gefahren er noch bereiten kann.

Oder ist es etwa nicht klar, daß schon heute die Stellung Deutschlands in Europa eine ganz andere sein würde, wenn gleichzeitig mit der Errichtung der Centralgewalt diese Vertretung in geeigneter Weise angeordnet worden wäre? daß namentlich die schleswig=holsteinische Angelegenheit einen schnelleren Verlauf und günstigeren Ausgang gehabt haben würde, wenn die preußischen Gesandten bei den intervenirenden Mächten zugleich das Reich ständig repräsentirt hätten und nicht bloß temporär mit dem deutschen Mandat beauftragt gewesen wären? Und wer kann überhaupt in Abrede stellen, daß solche mit einem doppelten wichtigen Mandate betraute politische Männer, welche Erfahrung, Bekanntschaft und Achtung nicht erst zu erwerben brauchen, nicht vorzugsweise im Stande sein würden, durch ihren wohlbegründeten, stätigen und consequenten Einfluß der drohenden Kriegsverwickelung — denn den Frieden zu erhalten, ist doch wohl ebenso im Interesse Preußens, als es der Beruf und die Aufgabe Deutschlands in Europa ist — vielleicht noch vorzubeugen?

Aber man glaubt vielleicht nicht an eine so ernste auswärtige Krisis, weil man sie nicht wünscht, und unterläßt es deshalb auch, etwas Vorsorgliches dagegen zu thun.

Und erfolgt dann dennoch der Ausbruch, so bleibt ja der Trost, daß die deutsch=preußischen Botschafter ihn doch nicht verhindert hätten.

Wenn man den Todtkranken trotz aller Mahnung ohne ärztliche Hülfe läßt und er stirbt, so kann man auch behaupten, er wäre doch gestorben, und man kann auch noch einige abgenutzte Scherze über das Unnüze oder die Schädlichkeit der Aerzte hinzufügen.

Wer sich dabei aber vollkommen in seinem Gewissen beruhigen kann, dem muß es doch als ein gar weiter und bequemer Schlafrock um die matte Seele sitzen.

Wäre es nicht besser auch hier fürsorglich zu verfahren, um vor Vorwürfen — nicht blos den eigenen — gesichert zu sein?

Und ist es überhaupt nicht Aufgabe der Politik die Wahrscheinlichkeiten, ja Möglichkeiten der Zukunft zu erwägen und für alle gehörige Vorsorge zu treffen, damit keine uns unvorbereitet überrasche!

Ist die Politik nicht vor Allem die Wissenschaft und Kunst des Kommensehens?

Es ist wahr, daß diese edle und heilsame Kunst wie andere freie Künste gelernt und geübt sein will, ehe man darin etwas leisten kann. Diese Wahrheit scheint auch in der letzten Zeit am Sitze der Central-Gewalt, wahrscheinlich in Folge gemachter Erfahrungen, immer allgemeiner erkannt zu werden und wir dürfen hoffen, daß sie auch bei der endlichen Vervollständigung des Reichs-Ministeriums nicht außer Acht gelassen werden wird*).

Wir müssen dringend wünschen, daß nicht allein das Ministerium des Auswärtigen durch einen erfahrenen Diplomaten besetzt werde, der die Wichtigkeit der Anknüpfung und Erhaltung der Beziehungen zum Auslande mittelst dazu geeigneter Individualitäten erkenne, sondern

*) Der Verfasser kann diesen Wunsch aussprechen ohne dadurch in den Verdacht zu gerathen, daß er damit an seine Person erinnern wolle. Alle die, welche die politische Stellung kennen, die ihm seine Ueberzeugung und sein Antheil an einem entscheidenden Ereigniß bereitet haben, wissen sehr wohl, daß er unter den obwaltenden Verhältnissen sich in keiner Weise amtlich an den Geschäften betheiligen kann.

daß auch ein wahrer Staatsmann an die Spitze des Kabinets treten möge, welcher im Stande sei, die warmgefühlte und treu genährte Idee des großen deutschen Vaterlandes eben so mit Schwung und Energie, als mit Umsicht und Consequenz im Innern und nach Außen zur Geltung und Anerkennung zu bringen.

Im Innern ist übrigens, wir dürfen das nicht verkennen, Manches und Gutes geschehen und namentlich haben die Ereignisse des Septembers das Reichs-Ministerium weder unvorbereitet gefunden, noch hat es versäumt, in Folge derselben, die geeigneten Maßregeln zu treffen, deren Wirkungen sich bereits in der erfreulichsten Weise für Deutschland herausstellen.

Namentlich ist dadurch die andere Angelegenheit, welche den Gegenstand des Vorschlages der nachstehenden Schrift ausmacht, die des deutschen Heerwesens nämlich, einer schnelleren und vollständigeren Verständigung zwischen Berlin und Frankfurt in der gewünschten Art entgegengeführt worden, als es sonst zu erwarten war.

Wir hatten nimmer geglaubt, wir gestehen es, daß ein auswärtiger Krieg erforderlich sein werde, um diese Verständigung zu vermitteln und Preußen die Stellung im deutschen Heerwesen zu erringen und zu sichern, die ihm zum Heile Deutschlands zufallen muß.

Aber der Krieg als Mittel zu diesem Zwecke wäre ein ungerechtfertigtes Wagniß gewesen, und ihn deshalb zu wünschen, oder gar zu provociren, konnte wohl keinem Staatsmann einfallen.

Jetzt hat der eben so wenig gewünschte und durch nichts provocirte September-Aufstand, allerdings neben der durchgedrungenen besseren, den ersten Ausschuß-Entwurf modificirenden Einsicht, zu demselben Zwecke gedient, indem die gemeinsame drohende Gefahr im Innern zum einmüthigen, energischen Handeln so kräftig, als es ein auswärtiger Krieg irgend vermöchte, gemahnt und dadurch die zwischen Berlin und Frankfurt noch schwebenden Differenzen schnell ausgeglichen hat.

Indem Preußen sein Heer von mehr als 300,000 Mann der Centralgewalt als Reichsheer zur Verfügung gestellt hat, bewährt es von Neuem sein Königswort, sich für die Tage der Gefahr an die Spitze von Deutschland stellen zu wollen; und Deutschland, indem es jetzt diese Hingebung freudig annimmt, zeigt, daß es nicht mehr die edle, uneigennützige Absicht verkennt, welche die Proclamation vom 21. März einem ächt deutschen Könige eingab.

Wir sprachen diese Hoffnung schon in der nachfolgenden Flugschrift aus; ihre so schnell eingetretene Erfüllung gibt uns die verstärkte Zuversicht, daß die andern schönen Hoffnungen, die sich daran knüpfen, zum Heile Deutschlands und Preußens auch bald in Erfüllung gehen werden.

Denn die Zeit will sich erfüllen für das große Vaterland, und Haupt und Glieder müssen und werden bereit sein, wenn es ersteht zum neuen kräftigen Leben. Lange, zu lange haben wir dieser Auferstehung geharrt.

Schon vor einem halben Menschenalter sang uns der edle Paul Pfitzer, als ein wahrer Prophet — mahnend und schauend —:

Adler Friederich des Großen,
Gleich der Sonne decke du
Die Verlassnen, Heimathlosen
Mit der goldnen Schwinge zu.

Preußen verschmähte damals, der deutschen Mahnung zu folgen, und heute wird der Schutz nicht mehr wie damals angerufen. Deutschland ist nicht mehr verlassen, denn es hat sich, es hat die Heimath wieder gefunden, wieder errungen.

Aber auch heute ergeht noch sein Ruf an den Adler Friedrich des Großen, und er darf es nicht mehr verschmähen, das rechte Haupt des Doppel-Aars zu sein, dessen linkes, mit der Herzseite, das Reich deutscher Nation versinnbildlicht.

Wenn dann die beiden fest verbundenen Häupter nach beiden Seiten kluge Wacht halten und das gute preußische Schwert dem deutschen Adler als Reichsschwert in den einen Fang gelegt wird, dann wird der andere den Reichsapfel so fest und sicher halten, daß er nimmer zum Erisapfel werden kann, denn der Wahlspruch des Doppel-Aars wird eben sowohl das preußische „Suum cuique“ sein, als das deutsche „Eintracht macht stark!“

Frankfurt a. M., 30. Oktober 1848.

Der Verfasser.

Und wenn der Fürst Karl von Leiningen auch hundertmal Recht hat mit seinem „Entweder, Oder" (s. D. P. A. Z. vom 31. Juli d. J.), so ist uns damit doch noch nicht geholfen.

Allerdings würde sich die deutsche Nation „für immer lächerlich machen," wenn sie diesmal wieder nicht zu der Einheit und Macht gelangte, die sie „in die Welt posaunt hat." Und allerdings ist die Aufrechthaltung und Stärke der Centralgewalt die erste Bedingung zur Erreichung dieses Zweckes.

Aber die Mittel hiezu sind mit dem Aussprechen jener Wahrheiten nicht gegeben.

Die Schwierigkeiten und Hindernisse der Einigung und Kräftigung sind nun einmal da, sie sind mächtig und groß und es genügt nicht, sie zu erkennen, es handelt sich darum, entweder ihnen geradezu auf den Leib zu gehen und sie mit Gewalt wo möglich zu überwinden, oder mit ihnen zu verhandeln und sich, wenigstens für den Augenblick, mit ihnen abzufinden.

Zu dem erstern Verfahren können wir nicht rathen; dazu, wir wollen es ohne Rückhalt aussprechen, ist die Macht der deutschen Einheitsbewegung gegen den Partikularismus, namentlich gegen Preußen, dessen große Besonderheit man kaum so bezeichnen kann, nicht stark genug. Der Ausgang des Kampfes wäre zum Wenigsten zweifelhaft, der Sieg würde mit großen Verlusten verbun-

den und im besten Falle kein vollständiger, zu einem dauernden Frieden führender sein.

Es bliebe also nur der zweite Weg, die Verhandluug mit der Schwierigkeit, das Abfinden mit dem Widerstand, die gütliche Einigung.

Von den Politikern des deutschen Einheitsstrebens ist dieses Verfahren eigentlich schon eingeschlagen worden, Preußen gegenüber, das sie mit Recht als das natürliche Haupthinderniß der Einheit des Gesammt-Vaterlandes ansahen.

Es kommt jetzt nur darauf an, auf diesem Wege fortzufahren, ehe es zu spät ist. Denn es ist hohe Zeit!

In solchem Augenblicke dürfte es an der Zeit sein, dem deutschen Publikum den eben angedeuteten Weg mit rücksichtsloser Offenheit darzulegen, sowohl wie er bisher angebahnt worden, als auch wie er ferner einzuhalten ist, um zum Heile Deutschlands zu führen.

Das ist der Zweck dieser wohlgemeinten, kurzen und eiligen Schrift.

Wenn wir uns nach den Hindernissen einer einheitlichen Constituirung Deutschlands umsehen, so finden wir sie eigentlich und wesentlich nur in Preußen.

Preußen hat zuerst den Bruch des alten römischen Reiches deutscher Nation zur Erscheinung gebracht; au Preußen wird das neue deutsche Reich scheitern, wenn es sich nicht an ihm errichtet.

Nicht die andern Staaten oder Dynastieen Deutschlands können sein Einheitsstreben mit Erfolg hindern. Diese Staaten sind größtentheils zu klein und zu machtlos zum Widerstande und ihre Dynastieen haben zu sehr alle Wurzel in der Anhänglichkeit des Volkes verloren durch Mißbrauch ihrer Souveränetät und andere Umstände, die wir

lieber hier übergehen, als daß ihre Völker für die Erhaltung derselben zu ihnen stehen würden.

In den größeren Staaten hat sich zwar noch etwas mehr Anhänglichkeit an die regierenden Familien erhalten und in Oestreich war die Liebe zum Kaiserhause lebhaft bis auf die neueste Zeit. Aber auch hier wird die alte Anhänglichkeit reißend schnell hinweggeschwemmt von dem kalten Strome der neueren Freiheits-Ideen und selbst in Wien tritt die ungewohnte und deßhalb mit doppeltem Eifer getriebene Uebung des spekulirenden und politischen Denkens an die Stelle des bisherigen bewußtlosen gemüthlichen Fühlens.

Dazu kommt, daß der beliebteste Namen des Kaiserhauses in eben dem Maße für Oestreich verloren geht, als er für Deutschland gewonnen sein wird.

Oestreich wird entweder an diesem letzten fürstlichen Stern seiner Dynastie irre werden, oder seiner Leitung dahin folgen, wohin sie führt.

Außerdem ist die östreichische Monarchie nie ein Staat gewesen. Sie war ein regierendes Haus, ein Conglomerat von Ländern, durch nichts zusammengehalten, als durch seine Dynastie.

So wie dieses Band gelockert oder gelöst ist, muß das Länderbündel Oesterreich auseinander fallen.

Die östreichische Monarchie geht unaufhaltsam ihrer Auflösung entgegen, nur das Eingehen in Deutschland kann ihrem deutschen Theile noch ein bedingtes östreichisches Leben sichern.

Denn wenn auch Ungarn in seinem wohlverstandenen Interesse sich nicht losreißen will, so meint es damit nur bei Deutschland zu bleiben, nicht bei dem deutschen Oestreich, der zweiten Macht in Deutschland.

Gallizien wird an den bevorstehenden, unausbleiblichen, wenn auch noch nicht näher zu ergründenden besondern Geschicken Polens, denen Oestreich fremd bleiben muß, Theil nehmen.

Die Lombardei geht ihm ebenso, kraft des Prinzips der Nationalität verloren, auch ohne die nahende französische Intervention. Und wenn dabei Vorbehalte zur strategischen Sicherung der Südgränze gemacht werden, so werden diese Bedingungen nicht für Oesterreich verlangt, noch demselben gewährt, sondern im Interesse des deutschen Reiches und im Namen desselben gefordert und erlangt werden.

Will der Erzherzog Reichsverweser bei dieser Gelegenheit etwas für sein Stammland thun, so kann er es nur durch Frankfurt und von Frankfurt aus, nicht als Erzherzog, sondern als Reichsverweser.

Und ebenso, wie sich die östreichische Monarchie äußerlich auflöst durch Auseinanderfallen ihrer Theile, so wird sie innerlich zerstört durch ihren Reichstag, auf welchem einerseits slavische, andrerseits republikanische Elemente an ihrem Bestehen rütteln. Auch hier kann nur vom Reiche, von Frankfurt aus Hülfe kommen.

Was von Oestreich innerlich und äußerlich noch zu retten ist, kann nur in und durch Deutschland gerettet werden; es hat Alles nur vom Reiche zu erwarten und hat ihm nichts dafür zu bieten, als seine willige, unbedingte Hingabe an Deutschland.

Mit diesem unausbleiblichen Eingehen Oestreichs in die deutsche Einheitsbewegung ist auch die von Baiern gegeben; es hätte sich in seinem Widerstande nur auf das Sonderbündniß mit Oestreich stützen können. Nicht ohne Grund, wenn auch ohne richtige Einsicht in die nächste Zukunft Oestreichs, gingen in der letzten Zeit die geheimen Sendungen so häufig von München nach Inspruck.

Baiern, Altbaiern hat zwar eine kleine Sonder-Nationalität, aber sie ist zu beschränkt, um sich gegen das einige Deutschland, mehr als recht ist, erhalten zu können. Franken, Schwaben, die Pfalz würden sich von Altbaiern trennen.

Wir glauben eben so wenig an die Haltbarkeit einer Sonderstellung Würtembergs, in dessen Nachbarschaft die republikanischen Gelüste nur auf einen Vorwand warten, um ihre Theorien zu verwirklichen.

Würtemberg und die andern Dynastieen von Süddeutschland haben nur die Wahl zwischen der Aufgabe eines Theils ihrer Souveränetät an das Reich, nach oben, oder dem Verluste der ganzen Herrlichkeit nach unten.

Günstiger sind vielleicht die Umstände für den norddeutschen Staat Hannover. Aber allein wird auch Hannover, in welchem veraltete Zustände mit den neuen im Kampfe liegen, seine Sonderstellung gegen Deutschland zu bewahren nicht im Stande sein.

Und ähnlich verhält es sich mit den andern kleinen norddeutschen Staaten.

Ganz anders aber würden sich die Dinge gestalten, wenn Preußen an die Spitze eines norddeutschen Sonderbundes treten wollte.

Denn Preußen allein besitzt noch die Widerstandsfähigkeit gegen die deutsche Einheitsbewegung, welche die andern Staaten nicht haben oder verloren haben und nur gewinnen können, wenn sie sich dem preußischen Widerstande anschließen.

Es wird nöthig sein, sich dies klar zu machen, um die gegenwärtige Lage der Dinge in Deutschland richtig zu beurtheilen und zu einer vorurtheilsfreien, praktischen, heilsamen Behandlung derselben zu gelangen.

Schon lange vor den Ereignissen dieses Jahres hatten einsichtige Politiker inner- und außerhalb Preußens die Ueberzeugung gewonnen, daß es so mit Preußen nicht bleiben könne.

de Pradt hatte es bereits ausgesprochen: „Preußen ist ein erobernder Staat,“ d. h. Preußen muß sich vergrößern, um zu bestehen.

Aber unter Erobern konnte jetzt nicht mehr eine Beraubung der Nachbarn zu verstehen sein und die Vergrößerung mußte in etwas Anderem bestehen, als in einem Länderzuwachs.

Um zu bestehen bedurfte Preußen jetzt nur der moralischen Eroberung der öffentlichen-Meinung und der Vergrößerung seines Einflusses in Deutschland.

Das war die den geläuterten Begriffen der neuen Zeit angemessene, allein legitime Eroberung, Preußen machen durfte, denn sie war mit den Waffen des Geistes vollführt. Und die auf diese Weise erreichte Vergrößerung seiner Macht in Deutschlaed war eine erlaubte, denn sie wurde nur mit und durch Deutschland erlangt und im Interesse der Macht und Stärke des Gesammt-Vaterlandes, mit welchem Preußen sich identifizirte.

In diesem Sinne ist die Bildung des Zollvereins zu verstehn, dieses ersten Schrittes zum Aufgehen Preußens in Deutschland.

In demselben Sinne knüpften sich gesteigerte Hoffnungen an den Regierungsantritt des jetzigen Königs, des Königs mit dem deutschen Herzen, Hoffnungen, die durch die, neuerlich dem Publikum bekannt gewordenen Absichten für Deutschlands größere Einheit und Kräftigung genährt, aber leider nicht rechtzeitig erfüllt wurden, aus Ursachen, die zum Theil außerhalb, in bekannten Verhältnissen, zum Theil in einer sehr respectabeln Eigenschaft eines hohen Charakters lagen.

Bei dem Herannahen der März-Ereignisse schien Aussicht vorhanden zu sein, daß dieses doppelte Hinderniß durch den Andrang der Begebenheiten überwunden und beseitigt werden würde. Aber die darauf gerichteten Bemühungen hatten nicht eher Erfolg, als bis der daraus hervorgehende Entschluß nicht mehr den vollen Werth eines durchaus freien Geschenkes hatte.

Es wurde leider das daraus, was man seit dem 19. März mit einem neuen Worte „Errungenschaften" nennt, und worunter man eigentlich „Erzwungenschaften" verstanden wissen will.

Aber ein großes freies Geschenk konnte der König von Preußen

und Deutschland noch machen aus dem Schatze seiner Machtvollkommenheit und seines aufopfernden, patriotischen Herzens.

Er konnte seinem Volke sagen: auf, und laßt uns das Vaterland retten, das in Gefahr ist; laßt uns die Vorkämpfer von Deutschland sein, wie im Befreiungskriege.

Und der deutschen Nation konnte er sagen: Hier bin ich mit meinem braven Volke, mit meinem tapfern Heere, das Vaterland bedarf unser, wir wollen zusammenstehen mit Deutschland gegen innere und äußere Feinde; Preußen und Deutschland haben nur eine und dieselbe Sache und sollen es auch künftig nur haben, „Preußen geht hinfort in Deutschland auf;" deß zum Zeichen „stelle ich mich und mein Volk unter das ehrwürdige Banner des deutschen Reichs;" denn ich will „die Wiedergeburt, die Gründung eines neuen Deutschlands" und zu seinem Schutze „die Aufstellung eines allgemeinen deutschen volksthümlichen Bundesheeres" und die Erklärung „der Neutralität Deutschlands."

Das war gewiß ein großes und edles Geschenk des Königs an sein Volk und an die deutsche Nation, und gewiß ein freiwilliges. Denn wenn auch bereits am 18. März ausgesprochen war, daß die außerdeutschen Länder der Monarchie künftig zu Deutschland gehören sollten, wenn auch hierin schon eine Identifizirung der Preußischen Interessen mit denen Deutschlands und somit das Zurücktreten der europäischen Macht vor der deutschen gegeben war, so war die völlige Hingabe an das gemeinsame Vaterland, das Aufgehen in Deutschland, wie die Proclamation vom 21. März es aussprach, doch noch ein viel bedeutenderer und durch keine äußere Nöthigung veranlaßter Schritt.

Und diese edle, freie, werthvolle Gabe, wie ward sie aufgenommen?

Mit Jubel von dem preußischen Volke, dem sie Opfer und Gefahren in Aussicht stellte;

Mit Hohn und schnöder Verachtung von dem übrigen Deutschland.

Das erstere hatten die Männer erwartet, welche Preußen kannten und zu dem Schritte gerathen hatten.

Das zweite war eine eben so unerwartete als unverdiente Aufnahme.

Das damalige preußische Ministerium war sich seiner reinen Absicht für Deutschland und Preußen bewußt, sowie auch der Wichtigkeit des folgenreichen Schrittes, den es that, der kühnen Maßregel, die es im allgemeinen Interesse der Gegenwart und Zukunft ergriff.

Sein Irrthum bestand nur darin, daß es sich in Deutschland geirrt hatte. In einer Zeit, wo in der Regel Alles zu spät geschah, war es zu früh gekommen für Deutschland. Deutschland war noch nicht reif für den Gedanken der Einheit mit und durch Preußen, es war größtentheils noch in dem alten Verdacht und Neid, in den elenden Eifersüchteleien gegen den aufgeklärtesten und mächtigsten deutschen Bundesstaat befangen.

In Deutschland wollte man am 21. März theils noch nicht die Einheit, theils wollte man sie nur um den Preis des Unterganges Preußens in Deutschland.

Deutschland war noch nicht reif für den Gedanken der Proclamation vom 21. März.

Und nun? —

Preußen war damals schwach durch innere Kämpfe und Zuckungen. Aber es würde sich schnell aufgerafft haben mit und in Deutschland zum Widerstande gegen äußere und innere Feinde.

Von Deutschland nicht allein verlassen, sondern noch mehr daniedergeworfen, durch Zurückstoßen der dargebotenen Hand, zugleich auch bearbeitet und aufgereizt durch meuterisches Beispiel und wühlerische

Emissäre aus dem übrigen Deutschland, verfiel Preußen in eine höchst gefährliche Schwäche und gerieth in eine Krisis, die ihm die Auflösung zu drohen schien. Es mußte nicht nur die Auflehnung in mehreren Provinzen und den permanenten Aufstand in der Hauptstadt aushalten, sondern zugleich und allein den perfiden polnischen Anlauf gegen die Erhaltung des Friedens von Europa einerseits mit den Waffen, andrerseits durch Verhandlungen nach zwei verschiedenen Richtungen hin mühsam bekämpfen.

Aber selbst in dieser gefährlichsten und schwierigsten Lage vergaß Preußen des gemeinsamen Vaterlandes nicht und nicht der Aufgabe, die es sich gestellt hatte, an seiner Spitze zu stehen in diesen Tagen der Gefahr. Es warf sich ohne Bedenken dem Feinde entgegen, als an der nördlichen Grenze des Vaterlandes Gefahr drohte, es hatte noch Vertrauen zu Deutschland, obgleich dieß demselben bisher so wenig entsprochen hatte.

In wie weit dies Vertrauen in dem Streite gegen Dänemark gerechtfertigt ward, darüber schweigt am besten die deutsche Geschichte der neuesten Zeit. Wir wollen hier die alten Schäden nicht aufdecken, sie sind offenbar geworden, und wir hoffen, sie werden gründlich geheilt werden, und in dieser Hoffnung wollen wir die durch Preußen bei dieser Gelegenheit gebrachten großen Opfer nicht bedauern.

Wenn der Krieg in Schleswig-Holstein auch nur das Resultat hat, daß solche Erscheinungen, wie sie zu Anfang desselben sich zeigten, künftig in Deutschland nicht mehr vorkommen können, so wäre das schon ein hinreichendes, gesegnetes Resultat.

Unterdessen erndtete Preußen für sich eine schöne Frucht seiner Opfer für Deutschland. An den Heldenthaten seiner jungen Soldaten in Schleswig erhob sich zuerst wieder der alte preußische Geist; die ungeschwächte Tapferkeit und Mannszucht des preußischen Heeres war der lichte Punkt, worauf der Blick mit Hoffnung und Ver-

trauen ausruhte, wenn er mit banger Sorge für Preußens und Deutschlands Zukunft das dunkle Bild der inneren und äußeren Zustände betrachtet hatte.

Durch Kühnheit und Geschick nach Außen, durch Muth und Ausdauer im Innern hat Preußen die zwiefache Gefahr überstanden; es ist aus der gefährlichen Krise als constitutionelle, volksthümliche Monarchie mit einer doppelten Vertretung, zur Constituirung des großen, wie des engeren Vaterlandes, hervorgegangen; Ordnung und Gesetzlichkeit sind wieder eingekehrt, um fortan mit der Freiheit zu wohnen, und die Anarchie wird durch die bewaffneten Bürger geschlagen, wo sie sich zeigt, wie der äußere Feind durch die Truppen geworfen wird, wo er sich blicken läßt.

Preußen ist wieder kräftig, ja noch kräftiger als zuvor, denn es hat eine schwere Prüfung überstanden, und daß es sie überstanden, hat ihm neuen Muth und Zuversicht gegeben zu der eignen Lebenskraft, die der Schöpfung Friedrich des Großen und der Neuschöpfung Steins und Scharnhorsts inwohnt, so wie zu der Vereinbarkeit dieser Neuschöpfung mit der Neugestaltung von heute.

Preußen hat nicht nöthig gehabt, sich als Phönix zu verbrennen, um verjüngt zu werden. Es ist der alte mannskräftige Adler, der sich mit neu befiederten Schwingen zu gewohntem Fluge erhebt.

Und nun? —

Wie denkt nun Deutschland von Preußen? Begreift es jetzt den Gedanken des 21. März? und sieht es nunmehr ein, daß es Preußens bedarf, wenn die Einheit von Deutschland eine Wahrheit werden soll?

Wir glauben, daß diese Einsicht sich Bahn bricht, daß sie selbst bei den, Preußen nicht gerade zugeneigten, Freunden der deutschen Einheit Wurzel gefaßt hat, daß der Untergang Preußens in Deutschland

nur noch von unfähigen politischen Theoretikern oder absichtsvollen undeutschen Republikanern gewünscht wird.

Diese Ueberzeugung von der Bedeutung Preußens und seiner Zukunft in und für Deutschland war aber schon das Eigenthum der auserwählten Männer, welche das Verfassungswerk für Deutschland beriethen und entwarfen. Ein Blick in diesen Entwurf läßt deutlich erkennen, daß sie bei gewissen, bei den wichtigsten Bestimmungen desselben, an keinen andern Staat und an keine andere Dynastie, als den Kern und die Spitze von Deutschland, denken konnten, als an Preußen.

Was die Männer des deutschen Vertrauens mit praktischem, staatsmännischem Blicke als eine unabweisbare Nothwendigkeit für die Einigung von Deutschland erkannten, wird jetzt durch den Gang der Ereignisse bald in das Bewußtsein der ganzen Nation übergegangen sein.

Preußen, das am 21. März verhöhnte und zurückgestoßene Preußen, wird jetzt gemahnt werden, seine damaligen Anerbietungen zu erfüllen, in Deutschland aufzugehen und ein allgemeines volksthümliches deutsches Bundesheer zum Schutze der Neutralität des deutschen Bodens aufzustellen.

Was sagt aber nun Preußen? —

Preußen antwortet mit empfindlichen Beschwerden über Verdächtigung, Verkennung, Zurückstoßung und rücksichtslose oder feindliche Behandlung.

Insofern diese Beschwerden gegründet sind, haben wir ihnen oben zum Theil Worte geliehen. Aber sie gehen noch weiter. Einmal verletzt beklagt sich Preußen in gereizter Stimmung über jedes in der Paulskirche gegen dasselbe gefallene unfreundliche oder unbedachte Wort, ohne zu beachten, daß weder der Präsident noch die Mehrzahl der Versammlung solche unschickliche Ausfälle ungerügt hingehen lassen.

Ferner fühlt sich Preußen in seinem eifersüchtigen Stolze verletzt durch die Wahl des Reichsverwesers in der Person eines Erzherzogs von Oesterreich.

Und endlich hat in der letzten Zeit eine Aufforderung des Reichs-kriegs-Ministeriums an des preussische Heer, zur „Huldigung" für den Reichsverweser und die Veröffentlichung dieses nicht ganz glücklich gefaßten „Befehls" das wieder erwachende Preußenthum an einem Punkte, wo es am lebendigsten und empfindlichsten ist, zum stolzen Selbstbewußtsein und den noch verhaltenen Aerger gegen die Anfeinder Preußens zum vollen, heftigen Ausbruch gebracht.

In allen diesen Beziehungen können wir das erregte preußische Gefühl wohl verstehen und entschuldigen, aber wir dürfen es nicht theilen, nicht darin einstimmen, noch ihm vollkommen Recht geben.

Ueber die vereinzelten Ausbrüche des Hasses seiner Neider kann und muß Preußen erhaben sein. Es erkenne doch, daß sie vielmehr schmeichelhaft sind, denn sie sind nichts anders, als die unfreiwillige, versteckte Anerkennung der Bedeutung Preußens und seiner Unentbehrlichkeit für Deutschland, die Ahnung seiner großen Zukunft. Es ist menschlich und natürlich, daß der kleine Partikular-Geist sich gegen die wachsende Ueberzeugung mit verzweiflungsvollem Widerstande sträubt. Die Ausbrüche dieser Verzweiflung muß Preußen, wo nicht gerne sehen, doch übersehen, es kann sie bedauern, aber nicht beklagen.

Was ferner die Wahl des Reichsverwesers betrifft, so muß jeder Einsichtige, auch in Preußen, anerkennen, daß sie eine Nothwendigkeit und wie die Schicksals-Würfel einmal lagen, das einzige Heil war für Deutschland und auch ganz besonders für Preußen.

Die Umstände waren eben der Art, daß der Erzherzog Johann von Oestreich der einzige Mann und der letzte Fürst war, der in diesem Augenblicke provisorisch an die Spitze von Deutschland gestellt werden konnte, wenn es das werden soll, was jeder wohlgesinnte Deutsche hofft und erstrebt.

Man vergesse doch nicht, daß von dem an ein deutsches Reich ist. An wem anders konnte es aufgerichtet werden, als an der edlen, volksthümlichen Persönlichkeit Johanns und allen den günstigen, providentiellen Umständen, die sie bedingt haben und begleiten.

Wir können über diesen Punkt hier nicht mehr sagen; so rückhaltslos wir uns auch übrigens aussprechen wollen, so verbietet doch hier eine unumgängliche Rücksicht, über die gegenwärtigen und künftigen Folgen der Wahl des Erzherzogs uns weiter auszulassen.

Aber eine schon eingetretene Folge derselben darf hier nicht unerwähnt bleiben, das ist die willige Anerkennung Deutschlands, daß als Gegengewicht gegen die Reichsverweserschaft Oestreichs, Preußen der Vorsitz im Reichsministerium und die Besetzung von zwei Ministerstellen, und zwar der wichtigsten im gegenwärtigen Augenblicke, zukomme und zu überlassen sei.

Diese bereitwillige Anerkennung einer Forderung der Billigkeit, noch ehe sie geäußert war, konnte wohl geeignet sein, das etwas verletzte preußische Gefühl zu beschwichtigen, vorzüglich wenn man auf jener Seite die politische Betrachtung vorwalten ließ über den Schwerpunkt einer constitutionellen Regierungsform, wie Deutschland sie sich zu geben im Begriffe steht.

Leider ist dies nicht vollständig der Erfolg gewesen. Nicht allein das große Publikum in Preußen hat bei dieser Gelegenheit gezeigt, daß seine politische Bildung noch in dem Stadium ist, wo man mehr Werth auf den Schein als auf die Wirklichkeit legt, sondern auch der ehrenwerthe Staatsmann, der Character vom reinsten Wasser, welcher berufen war, den Gedanken des „kühnen Griffs" in seinen Folgen ins Leben treten zu machen, hat sich dieser Kühnheit nicht zugesellen wollen.

Sicherlich hat er nach gewissenhaftester Ueberzeugung in den Grenzen der Erkenntniß seines Berufes gehandelt. Wir können aber, auch

nach gewissenhafter Ueberzeugung, nur schmerzlich bedauern, daß er nicht anders konnte.

Unserer Ueberzeugung nach mußte Preußen, indem es den Vorsitz des Reichsministeriums und die zwei wichtigsten Stellen in demselben annahm, die Verwaltung seiner höheren Politik bis auf Weiteres nach Frankfurt verlegen und provisorisch die Angelegenheiten, zugleich Deutschlands und Preußens in allem für den gegenwärtigen Zustand Wesentlichen, von dort aus ordnen und leiten.

Wer dies für zu gewagt hält, der beweist nur, neben anderem Mißtrauen, daß er nicht das gehörige, volle Vertrauen in die Kraft, die intelligente, wie materielle, seines besonderen Vaterlandes hat.

Wo Preußen in Deutschland sein ganzes Gewicht in edler, uneigennütziger Absicht für die gemeinsame Sache in die Waagschale wirft, da darf es nicht fürchten, sich zu verlieren oder unterzugehen, sondern es kann versichert sein, sich selbst wieder zu gewinnen, indem es sich einsetzt, um mit neuer verstärkter Macht hervorzugehen aus und in dem großen Vaterlande.

Diese Ansicht und Ueberzeugung scheint in Berlin nicht durchgedrungen zu sein, wenigstens wird dort nicht darnach gehandelt, sondern nicht viel anders, als wenn Berlin München oder Hannover wäre, und Preußen die dritte oder vierte Macht in Deutschland, statt die erste.

Preußen scheint gleich den anderen Staaten und im Widerspruche mit der deutschen Politik, die es zuerst proklamirt hat, sich nur halb der Einheitsbewegung hinzugeben, halb abwarten zu wollen, wohin und wie weit sie führen werde.

Als ob das noch zweifelhaft sein könnte, wenn Preußen sich ihr entzieht, und als ob nicht gerade durch dieses Aufgeben der Leitung die unheilvolle Richtung der Bewegung bedingt wäre!

Ist das nicht die beliebte Expectativ-Potitik des alten Systems,

welche den Begebenheiten zusah, statt sie zu behandeln, für welche nie das Heute des Entschlusses kam, weil sie ihn immer wieder morgen noch einmal berathen wollte? Ist es nicht das bekannte Bild von dem Manne in der Fabel, welcher am Ufer des Flusses abwarten will, um sich hineinzuwagen, bis sich das Wasser verlaufen habe? — Aber der große Strom der Geschichte der Menschheit rollt ohne Aufhören seine reißenden Begebenheiten, und wer indessen unthätig am Ufer steht, der verliert seine Zeit und versäumt seinen Beruf.

Nach dem Obigen können wir also weder das verletzte Gefühl des preußischen Volkes über die Wahl des Reichsverwesers theilen, noch die Auffassung und Behandlung dieses Actes durch die Regierung für die richtige erkennen.

Dagegen verdient das Benehmen der preußischen Regierung die höchste Anerkennung, welches sie bei dem obenerwähnten von Frankfurt gegebenen neuerlichen Erlaß zur Unzufriedenheit eingehalten hat. Sie hat die bei dieser Gelegenheit in so hohem Grade aufgeregte Stimmung gegen Deutschland nicht gepflegt und benutzt, sondern dieselbe mit allen geeigneten Mitteln zu beschwichtigen und unschädlich zu machen gesucht.

Dies Verfahren macht der Regierung die größte Ehre und zeigt, daß sie erhaben ist über die leidenschaftliche Bewegung der öffentlichen Meinung und das Getreibe der Parteien. Es beweist zugleich, wenn es dieses Beweises noch bedarf, daß sie die Reaction nicht will; die Versuchung lag nahe, die Rückkehr zum alten Preußenthume für eine Rückkehr zur alten Ordnung der Dinge auszubeuten.

Dank diesem loyalen und weisen Verfahren der preußischen Regierung, das die andern deutschen Regierungen zum Vorbilde zu nehmen scheinen, steht zu hoffen, daß die militärische Huldigung des 6. August, wenn auch nicht ohne einiges Aergerniß, doch ohne Störung des guten Einvernehmens mit der Reichsgewalt vor sich gehen werde.

Aber nicht immer werden die Verstimmungen so glücklich ablaufen; an Anlaß, gegründetem und ungegründetem, wird es von Frankfurt aus auch ferner nicht fehlen, und nicht immer wird es der Regierung gelingen, die Aufregung in Preußen zu beschwichtigen; ja, der Fall ist leicht denkbar, daß sie selbst sich genöthigt sehen wird, unmöglich zu erfüllende oder ungerechtfertigte Forderungen der provisorischen Centralgewalt zurückzuweisen.

Was wird dann geschehen? wird es da nicht zum ernstlichen Zusammenstoß kommen zwischen Einheit und Partikularismus und zum Bruche zwischen beiden?

Zum Bruche zwischen Frankfurt und Berlin! zum Bruche Deutschlands mit Preußen! gerade mit dem Staat, der zuerst die Einheit mit allen ihren wesentlichen Consequenzen proclamirt und gefordert hat! mit dem Volke, das dabei für seine Eigenthümlichkeit am wenigsten zu besorgen hat!

Das kann, muß und darf nicht sein; ein Bruch zwischen Preußen und Deutschland ist nicht minder ein Unsinn, als er ein Verbrechen am Vaterlande und ein unermeßliches Unglück für dasselbe sein würde.

Also kein Bruch, um des gemeinsamen, wie des besondern Vaterlandes willen, kein Bruch!

Wie aber ist der Bruch zu vermeiden?

Wir haben im Eingange dieser Schrift gesagt, daß der Fürst von Leiningen Recht habe, wenn er die Einheit und Macht des Vaterlandes wolle, und wir sind auch mit ihm einverstanden gewesen, daß zu diesem Ende die Autorität der Centralgewalt aufrecht erhalten und gestärkt werden müsse, aber wir fügten die Bemerkung hinzu, daß mit dieser Erkennung dessen, was Noth thut, noch nicht die Mittel angegeben sind, um es herbeizuführen.

Diese Bemerkung hat die gegenwärtige Schrift hervorgerufen, sie legt uns die Verpflichtung auf, nun unsrerseits die Mittel und Wege anzugeben, die wir für geeignet halten, um ohne Gewaltsamkeit und ohne Bruch und Störung die Einheit anzubahnen, nach welcher das Streben Deutschlands unabweisbar gerichtet ist.

Indem wir dies versuchen wollen kommen wir zum Schlusse dieser Schrift, die in der Eile länger geworden ist, als es unsere Absicht war. Um kurz zu sein, muß man bekanntlich mehr Zeit haben.

Als Richtschnur der Behandlung der Frage zwischen Einheit und Partikularismus, näher zwischen Berlin und Frankfurt, wie sie gegenwärtig vorliegt, stellten wir einerseits den moralischen Grundsatz der Mäßigung und Billigkeit voran, andrerseits die politische Regel, daß eine gegebene Situation nicht über die Grenzen der Zeit und der Umstände hinaus, in der und mit denen sie eben vorliegt, behandelt werden muß.

Jener sittliche Grundsatz spricht für sich selbst und wird in der Theorie eben so wenig verkannt, als er in der Praxis wenig befolgt wird. Er kann daher nicht oft genug wieder in Erinnerung gebracht werden.

Diese politische Regel ist eine bewährte und ihre Nichtbeachtung in der Politik hat sich immer gerächt und wird sich stets von Neuem rächen. Sie ruft mit anderen Worten dem Staatsmann die Warnung zu: sei nicht vorschnell und eigenmächtig; trage den Umständen und Verhältnissen Rechnung; laß der Gegenwart und der Zeit ihr Recht; wolle nicht der Zukunft vor- noch in den Gang der Begebenheiten eingreifen, weder hindernd, noch beschleunigend; hüte dich die Vorsehung und die Fürsehung spielen zu wollen; sei mäßig! sei billig!

Wenden wir uns nun von diesen übereinstimmenden, zusammenfallenden Geboten der Moral und der Klugheit zu dem vorliegenden Zustande in Deutschland, so finden wir, daß er ein provisorischer ist, und wenden wir ferner jenes Gebot auf diesen Zustand an, so

müssen wir uns sagen, daß er vernünftiger- und billigerweise nicht anders behandelt werden kann, eben als das was er ist, ein provisorischer Zustand.

Für provisorische Zustände gehören und genügen provisorische Anordnungen; was darüber hinausgeht ist vom Uebel und vom Unrecht.

Bei der vorliegenden Frage wäre die Befolgung dieses Grundsatzes auch nur die Consequenz des bisherigen Verfahrens: wir haben ein provisorisches Reichsoberhaupt, es ist von einem provisorischen Staatenhause die Rede, die Minister selbst werden sich nicht anders, denn als provisorische ansehen — wir sind noch ganz und gar im Provisorium.

Dieser Zustand ist ein natürlicher, und er ist ein günstiger Umstand.

Die Natur kennt keine Sprünge, sie kennt nur Uebergänge von einem Zustande zu dem andern. Wir müssen die Natur nachahmen. Unser Provisorium ist ein solcher Uebergang, wir müssen ihn als günstigen Umstand benutzen, um während desselben von den alten Einrichtungen zu den neuen ohne Sprung und ohne Störung allmälig hinüberzuleiten.

Nicht vermitteln lassen sich die Extreme, aber es läßt sich durch die Vermittelung der Zeit ohne Gewaltsamkeit von dem einen zu dem anderen gelangen.

Indem wir nun während unseres Provisoriums keine definitiven Bestimmungen von der Centralgewalt gegeben zu sehen wünschen, müssen wir doch sogleich bevorworten, daß die einstweilen zu treffenden provisorischen Anordnungen nichts enthalten dürfen, was dem künftigen definitiven Zustande präjudiziren, den endlichen Reichsgrundgesetzen hindernd in den Weg treten könnte.

Diese Grundsätze auf die verschiedenen zwischen dem Reiche und den Einzelstaaten zu regelnden Verhältnisse anzuwenden, überlassen

wir den Berufenen. Nur auf zwei Punkte wollen wir hier noch näher eingehen, wovon der eine eben erst zu einem Zerwürfniß Anlaß zu geben gedroht hat und wovon der andere in der allernächsten Zukunft zur Sprache kommen und gleichfalls Schwierigkeiten bereiten dürfte.

Wir meinen das Verhältniß der Militär-Gewalt Preußens zur Reichsgewalt und das Gesandtschaftsrecht desselben gegenüber der Vertretung des deutschen Reiches nach Außen.

Mit Recht hat man bemerkt, daß das Reichsheer und die Reichsvertretung die beiden Hauptpuncte und Haupterfordernisse der deutschen Einheit sind, von denen nicht abgelassen werden darf, ohne diese Einheit von vornherein zu einer Täuschung zu machen. Mit Recht verlangt man, daß das Kriegswesen und die Diplomatie in Deutschland einheitlich organisirt werden. Wenn ein deutsches Reich entstehen und bestehen soll, so muß das Schwert um es zu vertheidigen in einer Hand sein, und das Wort um seinen Willen auszusprechen aus Einem Munde kommen.

Nur um diesen Preis kann Deutschland auf Achtung vom Auslande im Frieden und auf Erfolg vor dem Feinde im Kriege rechnen.

Diese Wahrheit ist aber auch zu allgemein anerkannt, als daß künftig nicht darnach gehandelt werden sollte, namentlich von Preußen. Denn das ganze deutsche Preußen kann im Frieden keine anderen Interessen im Auslande zu vertreten haben, als die deutschen, in die seine Interessen aufgehen; und es wird auch im Kriege nur die deutschen Grenzen vertheidigen, zu deren Schutze es die Aufstellung eines allgemeinen deutschen Bundesheeres verlangt und zugesagt hat.

An diese Zusagen darf Deutschland Preußen jetzt mahnen und es hat nicht zu besorgen, daß dieses davon zurücktreten wird.

Aber da die Schwierigkeiten der Erfüllung in beider Beziehung nicht zu verkennen sind, so kann Preußen die Centralgewalt auf dieselben aufmerksam und in Anbetracht des bestehenden Provisoriums einen Vorschlag machen, der geeignet sein würde, die Uebergänge von dem alten Zustande zu dem neuen in Betreff der Behandlung des Heerwesens und der Diplomatie zu vermitteln.

Mit diesem zwiefachen Vorschlage eilen wir endlich zum Schlusse.

1. In Betreff des Heerwesens.

Während des Reichsprovisoriums ergehen die Anordnungen des Reichskriegsministeriums nur durch Vermittlung der preußischen Regierung, nachdem sich die Centralgewalt darüber mit dem in Frankfurt anwesenden Kommissarius derselben thunlichst in Einvernehmen gesetzt hat.

Ebenso kann es hinsichtlich der andern Staaten gehalten werden, welche die deutschen Armee-Corps stellen oder in denselben den Oberbefehl haben.

Wenn die Centralgewalt es für nöthig hält, schon jetzt den deutschen Regimentern durchlaufende Nummern durch das ganze Reichsheer zu geben, so bleiben doch immer die alten Nummern und Namen derselben daneben bestehen.

Die deutschen Truppen tragen das deutsche Feldzeichen neben oder über den Feldzeichen und Farben des Volksstammes, dem sie angehören.

Den deutschen Heerabtheilungen wird das Banner des deutschen Reichs voraufgetragen und hinter demselben die Banner der verschiedenen Staaten.

Die alten gedienten Fahnen der Regimenter werden ihnen erhalten und mit einer Binde in den deutschen Farben versehen.

Die Ernennung der Oberoffiziere durch die preußische Regierung

(oder auch andere) wird für jetzt thunlichst beschränkt. Im Falle eines Krieges kann sie nur nach Einvernehmen mit der Centralgewalt erfolgen.

Der Oberfeldherr wird von der Centralgewalt ernannt und ist dieser allein verantwortlich. Er hat für den Krieg und im Kriege die unbedingte Gewalt über die Truppen aller Bundesstaaten.

2. In Betreff der Diplomatie.

Während des Reichsprovisoriums bleiben die Gesandtschaften von Preußen und Oestreich, als europäischer Mächte, an den Orten bestehen, wo diese Mächte es für nöthig halten.

Sie werden diese Befugniß möglichst beschränken.

Wo sich Repräsentanten dieser beiden Mächte befinden, wird dem einen oder dem anderen einstweilen das Mandat als deutscher Botschafter übertragen, insofern die Centralgewalt die Person desselben damit zu betrauen für zulässig erachtet.

Bei der Frage, ob dem preußischen oder dem östreichischen Repräsentanten das deutsche Mandat anzuvertrauen sei, wird außer der Persönlichkeit, das Verhältniß von Oestreich oder Preußen zu dem Staate, wo der deutsche Botschafter accreditirt werden soll, in Betracht zu ziehen, namentlich nicht der Repräsentant der Macht zur Vertretung Deutschlands zu wählen sein, welche mit der betreffenden auswärtigen voraussichtlich in einen Konflikt gerathen könnte, der die deutschen Interessen nicht berührt.

Den deutschen Botschaftern werden Räthe und Secretäre vorzugsweise aus den andern deutschen Bundesstaaten beigegeben.

Die deutschen Botschafter werden beauftragt, während des Provisoriums die zwischen den Einzelstaaten Deutschlands und dem Auslande bestehenden Verträge unter Gutheißung und Leitung der Centralgewalt in Verträge mit dem deutschen Reiche umzuwandeln.

Die deutschen Botschafter berichten direct an die Centralgewalt und erhalten von dort ihre Instructionen und Anweisungen. Die ihnen als preußische oder östreichische Repräsentanten ertheilten Instructionen müssen der Centralgewalt mitgetheilt werden.

Bei den Regierungen, wo kein, oder kein passender Repräsentant einer deutschen Großmacht accreditirt bleibt, ernennt die Centralgewalt deutsche Vertreter aus Eingebornen der andern deutschen Staaten.

Die Vertretung der einzelnen deutschen Staaten untereinander hört sogleich auf. Die zu erledigenden Geschäfte werden durch temporäre Gesandtschaften oder Kommissarien besorgt.



